



Ortsverband Kamen-Bergkamen

 www.dielinke-kamen.de

 facebook: Die LinkeKamenBergkamen

v.i.S.d.P.: Klaus Dieter Grosch

Unterfinanzierung der Kommunen muss beendet werden

Die immer weiterwachsende Verschuldung der Städte und Gemeinden zeigt, dass diese unterfinanziert sind. Auf der einen Seite ist der Anteil der Steuereinnahmen für die Kommunen immer weiter gefallen. Verantwortlich dafür sind Bund und Land.

Auf der anderen Seite haben Bund und Land den Kommunen immer neue Pflichtaufgaben (Kitas, Offene Ganztagschule etc.) zugewiesen, diese aber nicht gegenfinanziert.

Die Folge: Immer höhere Kosten für die Stadt Kamen, aber immer geringere Einnahmen.

Städte und Gemeinden weisen seit Jahrzehnten auf dieses Missverhältnis hin, aber die Politiker*innen der gleichen Parteien unternehmen so gut wie nichts.

DIE LINKE fordert

- Erhöhung des Steueranteils für die Städte und Gemeinden
- Erlass eines großen Teils der Altschulden, die die Kommunen mit hohen Zinszahlungen belasten
- Wiedereinführung einer Vermögenssteuer für Vermögen von über 1 Millionen € und von den Einnahmen ein Viertel für die Kommunen
- Reform des Kibiz zu einer auskömmlichen Finanzierung der Kindertagesstätten
- Eine bessere Finanzierung des Offenen Ganztags an den Grundschulen, so dass das von den Schulen und den Ganztagsangestellten erarbeitete Konzept zur personellen Mindestausstattung umgesetzt werden kann.
- Zuschüsse für Maßnahmen zum Klimaschutz müssen den Kommunen zur Verfügung gestellt werden, damit Kamen seine Klimaziele erreichen kann.

Ihre Repräsentant*innen



Vor dem Büro an der Oststraße präsentieren sich die Spitzenkandidat*innen der Linken: Theodor Saarbeck, Melina Maßling, Klaus Dieter Grosch, Ramona Bornemann, Nicolay Wichitill und Jana Bornemann (v.l.n.r.).

Um die genannten Ziele zu erreichen, ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen erforderlich.

Wir setzen uns deshalb bei den regierenden Parteien im Land und im Bund für eine gerechte Besteuerung ein, z.B. die Einführung einer Vermögenssteuer.

Wetten auf Kursschwankungen oder Finanzspekulationen lehnen wir ab.



Eine Stadt für Alle.

2025

Für ein lebenswertes und soziales Kamen.

Geben Sie am
14. September 2025
Ihre Stimme der Partei



für eine lebenswerte Stadt und gesundes Wohnen

Wir möchten

- die Attraktivität der Innenstadt erhalten und verbessern
- vorhandene Stadtquartiere sanieren, statt neue Wohngebiete auf Ackerflächen zu erschließen
- nicht mehr benötigte gewerbliche Flächen entsiegeln, begrünen und/oder bebauen
- genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften fördern
- uns für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und bezahlbare Wohnungen einsetzen, bei Neubaugebieten konsequente Umsetzung des im Handlungskonzept Wohnen beschlossenen Anteils von 30% an Sozialwohnungen
- Möglichkeiten der Städte gegen Miethaie stärken, Immobilienkonzerne zu notwendigen Renovierungen verpflichten und der Stadt die Möglichkeit zur Entseignung geben
- dass Jobcenter und Sozialamt sich bei der Berechnung der Wohnkosten an örtlichen Vergleichsmieten orientieren
- die medizinische Versorgung durch den Erhalt des Krankenhauses und von Versorgungszentren sicherstellen und vor marktradikalen Eingriffen schützen

für gutes Klima und verstärkten Umweltschutz

Wir wollen

- die Solar- und Windkraft weiter ausbauen
- Förderung von lokalen Stromproduzenten durch Unterstützung von Genossenschaften
- Unternehmen verpflichten, große Dachflächen mit Solaranlagen auszustatten und/oder zu begrünen
- den Parkraum im Stadtgebiet bewirtschaften, dabei auch Parkgebühren an der Fahrzeuggröße orientieren
- Schottergärten verhindern und Alternativen dazu fördern

- bei Neubaugebieten festlegen, dass die Grundstücke ökologisch und klimafreundlich gestaltet werden
- bei den GSW die Quote von Strom aus erneuerbaren Energien (Wind, Sonne) erhöhen



für nachhaltiges Wirtschaften und eine echte Mobilitätswende

Wir möchten

- den wachsenden LKW-Verkehr verhindern und deshalb keine weiteren Logistikunternehmen ansiedeln
- mehr Straßenraum für Radfahrer zur Verfügung stellen
- das Parkverbot auf Gehwegen, Radstreifen, vor Kitas und Schulen durchsetzen
- den öffentlichen Nahverkehr durch eine Erhöhung der Taktfrequenzen oder auch kleinere Busse stärken
- Angebote von Anforderungsbussen (Sammeltaxis) erhöhen
- Stadtteilautos anbieten
- Betriebe fördern und ansiedeln, die eine tarifliche Entlohnung, Geschlechtergerechtigkeit sowie Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten garantieren
- Aufträge nur an Firmen vergeben, die eine tarifliche Entlohnung garantieren
- Ladenmieten deckeln
- den Fleischhandel auf regionale und lokale Schlachtung orientieren

für Bildungs- und Sportangebote für alle

Wir wollen

- Kinder- und Jugendeinrichtungen in kommunaler Hand erhalten
- eine verlässliche Schule für alle garantieren (mindestens von 8.00 bis 15.30 Uhr)
- die Ganztagsbetreuung ausbauen und dazu qualifizierte und tariflich bezahlte Fachkräfte einsetzen
- die Elterngebühren für Kita sozial gerecht staffeln
- frühzeitige Sprachförderung für alle Altersgruppen unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährleisten
- bei der Umsetzung der Inklusion alle Bildungseinrichtungen beteiligen
- Kindern und Jugendlichen aus Bürgergeld-Familien die Teilhabe an Bildung und Kultur und deren Beantragung erleichtern
- die städtische VHS als Ort der Bildung und Weiterbildung unterstützen, vor allem auch im Bereich der politischen Bildung zu aktuellen Themen
- die Kleinschwimmhalle in Heeren und das Hallenbad in Methler erhalten
- die Eintrittspreise im Sesekebad senken und Ermäßigungen für einkommensärmere Menschen einführen
- hinreichend Schwimmernkurse anbieten

für Kultur- und Freizeitangebote für alle

Wir möchten

- das Jugendkulturcafé renovieren oder einen Ersatz dafür in Innenstadtnähe schaffen
- regionale Kleinkunst fördern
- die Teilnahmemöglichkeit an Kultur verstärken, z.B. durch musikalische oder politische Projekte auf Stadtebene
- Kulturangebote mit Nachbargemeinden vernetzen, z. B. Museen, VHS, Bergkamener Kunstschule, kommunales Kino
- Denkmalschutz fördern, insbesondere die Innenstadt als Ensemble erhalten
- die germanische Siedlung in Westick vor Ort touristisch erschließen (vgl. Römerlager in Bergkamen) und so die Attraktivität der Stadt steigern

für die Stärkung der Demokratie

Wir wollen

- das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger*innen einführen, die seit 5 Jahren in Kamen leben
- Geflüchtete menschenwürdig und bevorzugt dezentral in Wohnungen unterbringen
- Schulen, Jugend- und Freizeiteinrichtungen in der Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus unterstützen
- Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus bekämpfen sowie Initiativen gegen Rechtsextremismus stärken
- Initiativen zur Integration von Geflüchteten und Orte der Begegnung von Migrant*innen und Nichtmigrant*innen unterstützen
- die Diskriminierung sexueller Diversität bekämpfen
- dass Vertreter*innen in Gremien kommunaler Unternehmen ihre Nebeneinkünfte und dass Geschäftsführer*innen ihre Gehälter offenlegen

für Frieden und Völkerverständigung

Wir wollen

- Friedensbildung in Kitas, Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung fördern
- mit Städten und Regionen zusammenarbeiten, die von Kriegen und Klimafolgen betroffen sind
- Städte- und Projektpartnerschaften und örtliche Friedensinitiativen und -organisationen unterstützen, um zur Völkerverständigung sowie der internationalen Zusammenarbeit von Schulen, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen beizutragen
- Geflüchtete und ihre Familien in unserer Stadt aufnehmen und unterstützen

